

Gedenken an Werner Schulz (22. Januar 1950 – 9. Nov. 2022)

Universität Leipzig

Markus Meckel

27. Oktober 2023

Anrede

„Menschen wie ihm, die es wagten der SED-Ideologie zu widersprechen und widerständig lebten und für diese Haltung ihre Freiheit riskierten, verdanken auch wir unsere spät gewonnene Freiheit.

Wir haben einen aufrichtigen, unbestechlichen und unbeugsamen Menschen verloren. Seine Stimme wird uns fehlen. Die Erinnerung an ihn, sein Mut, seine Wahrheitsliebe und Charakterstärke sollten uns Orientierung sein.“

Dies sagte Werner Schulz vor zehn Jahren hier in der Leipziger Nikolaikirche in seiner Trauerrede über Erich Loest. Die gleichen Worte können heute über ihn selbst gesagt werden.

Ich bin sehr dankbar für die Einladung, in dieser Gedenkstunde über den Freund Werner Schulz sprechen zu dürfen.

Auch dieser Ort ist wichtig, denn Werner hat sich in dieser Trauerrede hinter Loests Anliegen gestellt, das Bild von Reinhard Minkewitz mit den aufrechten und verfolgten Studenten und Professoren der Leipziger Universität aufzuhängen und damit an eine alte Leipziger Tradition des Widerstands und des Eintretens für die Freiheit zu erinnern. Werner Schulz erwähnt auf dem Bild Herbert Belter (links im Bild), einen Leipziger Studenten, der Flugblätter und Informationen weitergegeben hatte und gegen den Verlust der Gewissens-, Rede- und Pressefreiheit aufgetreten war. Seine Mitstreiter wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt – er selbst zum Tode und 1951 in Moskau erschossen, wo er wie viele auf dem Donskoj-Friedhof begraben wurde. In dem von der Bundesstiftung unterstützten Buch „Erschossen in Moskau“ können sie seine und Hunderte andere Kurzbiografien lesen von Menschen, die heute leider keiner mehr kennt. Dabei können Sie dem Kreis der Weißen Rose in München an die Seite gestellt werden.

An Werner Schulz zu erinnern und seines Lebens zu gedenken, heißt immer auch, an solche Widerstands- und Freiheitsgeschichte zu erinnern, die ihm wichtig war. In diese Geschichte gehört auch der Widerstand vieler Leipziger und auch der Kirchen gegen die Sprengung der Leipziger Universitätskirche 1968. Werner Schulz hat sich nicht als Solitär verstanden – sondern in solcher Geschichte stehend und er bestand darauf, dass sie erinnert, gelehrt und bewusst gemacht wird.

In der ihm eigenen Klarheit war ihm wichtig, dass neben dem Gedenken an die Opfer des Kommunismus auch an Opposition und Widerstand erinnert wird. Ihm war wichtig, dass die langen Linien dieser Freiheitstradition stärker ins Bewusstsein gebracht werden, von der Burschenschaftsbewegung über das Revolutionsjahr 1848 zum Gedenken an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus und dann eben gegen die kommunistische Diktatur. Er ist mit starken Worten dafür eingetreten, dass der Platz vor dem Brandenburger Tor in Berlin, gegenüber dem Pariser Platz, an den 18. März erinnert – und er dachte hier nicht nur an 1848, sondern auch an die erste freie Wahl in der DDR 1990 als Ergebnis der Friedlichen Revolution in der DDR. Es wird wichtig sein, dies Gedenken nicht allein im Horizont der Staatssicherheit zu verstehen – es ist weit grundsätzlicher!

Über viele Jahre war Werner Mitglied im Stiftungsrat der Bundesstiftung Aufarbeitung. Schon in der Zeit der demokratischen DDR nach der freien Wahl und dann im Deutschen Bundestag hat er sich für die notwendige Aufarbeitung der Diktatur und die Rehabilitation und Entschädigung der Opfer ausgesprochen. Für ihn gehörte dies zum Aufbau glaubwürdiger demokratischer Strukturen, in Deutschland wie auch andernorts.

„Die Geschichte qualmt noch“ – so hat Werner es beschrieben und den Streit um sie als eine Gestaltungsaufgabe der Zukunft angesehen. Denn nur so wird deutlich, welchen Werten wir verpflichtet sind und wie Menschen vor uns große Risiken und gar ihr Leben gegeben haben, um diese Werte zur Basis unserer Gestaltung zu machen.

In wenigen Tagen, am Tag des Mauerfalls jährt sich der Todestag von Werner Schulz. Wir waren auf Schloss Bellevue beim Bundespräsidenten zu Gast, um über die vielfältige und gebrochene Bedeutung dieses Datums in der deutschen Geschichte nachzudenken. Wir sprachen beim Hineingehen noch miteinander. Das war ihm ein wichtiges Thema, war er doch früher dafür eingetreten, dass dieser Tag

(statt des 3. Oktober) Nationalfeiertag werden sollte. Und dann bricht er zusammen und stirbt. Es war ein schlimmer Schock.

Eine Teilnehmerin, die ihn gut kannte, sagte später der betroffenen Runde: „Das ist Werner, an einem solchen Tag zu gehen...“. Ja, dieser 9. November, der ihm so wichtig war, wurde zu seinem Todestag und die ihn liebten und schätzten, werden ihn wohl künftig immer so begehen, dass er an diesem Tag auch mit in den eigenen Gedanken ist.

Wir gedenken heute eines mutigen und profilierten Streiters für Freiheit und Demokratie, eines eigenständig denkenden und streitbaren Politikers mit Haltung, der sich für seine Überzeugungen einsetzte, auch da, wo er sich mit anderen rieb - und das konnte auch die eigene Partei sein.

Kennengelernt haben Werner und ich uns in den 80er Jahren, als er begann, in einem der profiliertesten Friedenskreise Berlins mitzuarbeiten (heute würde man von einer Oppositionsgruppe reden, da das Themenspektrum weit über die Friedensfrage hinausging), dem Friedenskreis Pankow um Ruth und Hans Misselwitz. Hier erlebte er die Anfänge der Friedlichen Revolution, die er auch eine „protestantische Revolution“ nannte. Die Kirche war nun wahrhaftig nicht die Macherin der Revolution – das wäre auch nie ihre Aufgabe, aber er schätzte die Rolle der Kirchen hoch ein – insbesondere das in dem Friedenskreis erlebte Zeugnis der Wahrheit, die Diskursfähigkeit, die Zivilcourage und die Solidarität. Durch die Arbeit im Friedenskreis eröffneten sich für ihn auch die Botschaften des Glaubens neu. Hier wuchs die zunehmende Bereitschaft zum offenen Wort – und er wurde zu einem Meister solch offenen Wortes. „Wenn sie schweigen, werden die Steine schreiben“ – so heißt es in der Bibel (Lk. 19,40), und dies könnte man gewissermaßen als eine Maxime ansehen, der er sich zutiefst verpflichtet fühlte: Die Dinge offen beim Namen zu nennen!

Im Rückblick sagte er zur Friedensfrage in diesem Kreis:

„Keine Gewalt“ - das ist ein Grundmotiv des Friedenskreises gewesen und das wäre heute in unserer Gesellschaft nach wie vor eine ganz wichtige Aufgabe. Z.B. die Fragen, wie kann man gewaltlos miteinander leben kann, verschiedene Kulturen, verschiedene Lebensansprüche. Das sind Fragen, warum die Gewalt in der Gesellschaft zunimmt, welche Ursachen das hat, wie man sie eindämmt, das ist ja

nicht nur rechtsextremistische Gewalt, das ist strukturelle Gewalt, die man an verschiedenen Stellen erlebt. Die Aufgabe eines solchen Kreises – wie der Pankower es war - ist aktueller denn je, und diese ist nicht unpolitisch."

Das konnte Werner sagen, weil er kein Maler in „Schwarz-Weiß“ war, sondern genau differenzierte. Gewaltlosigkeit und die Frage der Minimierung von Gewalt blieb für ihn ein wichtiges Thema, auch wenn er schon früh durch die neuen Erfahrungen auf dem Balkan der 90er Jahre lernte anzuerkennen, dass militärische Gewalt nicht grundsätzlich abzulehnen ist.

Schon 1993 gehörten wir beide in unseren jeweiligen Parteien zu der kleinen Minderheit, die sich für das militärische Eingreifen auch Deutschlands gegen Milosevic in Bosnien einsetzte – und mit der Regierung Kohl stimmten. Das hat zu mancher schmerzhaften Auseinandersetzung mit früheren Mitstreitern geführt, die an ihren pazifistischen Positionen festhielten.

Das galt dann auch bei späteren Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Schon früh trat er auch für eine vorbehaltlose Unterstützung der Ukraine ein und war schon vor dem russischen Überfall auf die Ukraine dafür, ihr auch Waffen zu liefern, damit sie sich verteidigen könne. Aus der Geschichte zu lernen, bedeutete für ihn nicht, jedweden Einsatz von Waffen abzulehnen, sondern einem möglichen Aggressor frühzeitig wirksam entgegenzutreten und Demokratie und Freiheit zu schützen.

Werner erzählte von sich, dass sein politisches Erwachen wie bei vielen von uns mit dem Prager Frühling 1968 begann. Wenige Wochen vor dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Vertrages in der Tschechoslowakei war er als Jugendlicher für zwei Wochen in Prag – und war fasziniert von der Freiheit und Offenheit dieses „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“. Das „Manifest der 2000 Worte“ – ein von zahlreichen Intellektuellen unterzeichnetes Plädoyer für politische Reformen – begeisterte ihn. Für einen solchen (!) Sozialismus wollte er eintreten – doch da dieser nicht möglich war, wuchs seine Entfremdung zu Staat und System in der DDR. Für ihn zog sich hier eine Linie bis 1989. Nach seinem Studium verweigerte er den Dienst in der Volksarmee und wurde Bausoldat.

Im Herbst 1989 gehörte Werner früh dem Neuen Forum an, er kannte die Initiatoren aus der oppositionellen Arbeit der Friedenskreise der 80er Jahre. So vertrat er das Neue Forum dann auch am Zentralen Runden Tisch der DDR, der sich aus

Vertretern der neu entstandenen demokratischen sowie der alten politischen Gruppierungen und Parteien an der Seite der SED zusammensetzte. Hier wurde dann über einen friedlichen Weg zu den freien Wahlen verhandelt, es ging aber auch um die ersten Schritte der Transformation hin zu einer demokratischen Gesellschaft. Hier trafen wir uns wieder.

Anders als manch andere im Neuen Forum, die die deutsche Einheit ablehnten, hatte Werner Schulz schon in seiner Familie das Leiden an der Teilung Deutschlands bewusst erfahren. Seine Schwester war 1965 bei einem Fluchtversuch festgenommen worden, der Schwager erlitt dafür eine Zuchthausstrafe. So suchte er einen Weg zur deutschen Einheit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Respekts. Verhandlungen der nun wirklich demokratischen DDR mit der Bundesrepublik und den internationalen Partnern sollten dies gewährleisten.

1990 wurde Werner Schulz als Abgeordneter der frei gewählten Volkskammer durch seine wortgewaltigen Beiträge im Prozess zur deutschen Einheit bekannt. Ich bewunderte, wie schnell er sich in die verschiedenen Themenbereiche einarbeitete und profilierte Positionen vertrat. Das galt zum Beispiel auch für die Privatisierung und die Problematik der Treuhand. Besonders wichtig war ihm jedoch die Verfassungsfrage. Schon am Zentralen Runden Tisch hatte er sich in dieser Frage engagiert und trat dafür ein, das Grundgesetz um Elemente dieser durch den Runden Tisch initiierten Verfassung zu ergänzen. Entsprechend bedauerte er, dass es dazu aufseiten der Bundesregierung keinerlei Bereitschaft gab. Den Weg der Vereinigung über den Art. 23 des GG, als Beitritt lehnte er ab. Noch 20 Jahre später hielt er es für einen Fehler dieses Vereinigungsprozesses, „dass es mit der Wiedervereinigung keinen gemeinsamen Neuanfang (..), keine Inventur in Ost und West, keine gemeinsame Reformanstrengung, keine verfassungsgebende Versammlung (gegeben hat)“. (ntv 9.4.2009)

Trotz dieser Kritik schätzte Werner das Grundgesetz sehr und ich bin ziemlich sicher, dass er meinen Vorschlag unterstützt hätte, dass wir zum 35. Jahrestag der deutschen Einheit den bis heute bestehenden Artikel 146 des GG, der die Vorläufigkeit des GG festhält, streichen und damit das GG zu unserer Verfassung machen. Er hätte es schon deshalb begrüßt, weil damit eine öffentliche und gesellschaftliche Beschäftigung mit der Verfassung verbunden wäre, die er für

zentral hielt. Ist es doch gerade diese Grundlage unseres Staates, die wir gegen alle Feinde der Demokratie und Freiheit schützen müssen.

In der Volkskammer gehörte Werner Schulz zur Opposition – und kritisierte den Weg der Vereinigung mit starker Stimme. Bei den dann folgenden Verhandlungen über die Parteienvereinigung von „Bündnis 90“ und den Grünen saß er mit am Verhandlungstisch und erlebte alle Schwierigkeiten der gegenseitigen Anerkennung hautnah. In dieser Zeit hatten die westlichen Grünen den Einzug in den Deutschen Bundestag verpasst und die Gruppe von „Bündnis 90“ hielt eine Legislaturperiode die Stellung. In dieser Zeit zeigten sich Werners Fähigkeiten und Führungsqualitäten und er überzeugte viele durch seine Reden. Als die Grünen dann in den Bundestag zurückkehrten – inzwischen waren sie eine Partei, gab es Konflikte.

Joschka Fischer mochte Werner Schulz nicht in führender Funktion, er war ihm zu eigenständig – obwohl er als fulminanter Redner und einer der talentiertesten ostdeutschen Politiker den Grünen ein Profil hätte geben können, das sie dann in den Fragen der Entwicklung in Ostdeutschland und der inneren Gestaltung der deutschen Einheit nie erlangten.

Als exzellenter Redner hat Werner nicht nur einmal gegen die von der Führung der Partei der Delegiertenversammlung vorgelegte Liste kandidiert – und gewonnen. So auch bei der Europawahl 2009. Im Europäischen Parlament erwarb er sich über Parteigrenzen hinweg große Achtung – und viele Freunde.

Eine wichtige Rolle spielte hier seine profilierte Position zu Osteuropa und zu Russland. Werner Schulz stritt für die Menschenrechte weltweit, für eine wehrhafte Demokratie, die sich gegen ihre Feinde verteidigt – im Lande selbst wie international. Dabei stand er dafür ein, dass die EU die oft schwache Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition in Russland und in den Ländern der Östlichen Partnerschaft stärker unterstützen muss.

Beide machten wir die Erfahrung, dass die eigene Position oft quer zur Außenpolitik der eigenen Partei stand – und so brauchte es Durchhaltevermögen und einen klaren Blick. Diesen hatte er – und auch den Mut, für die eigenen Positionen zu kämpfen. In Bezug auf Russland begann das schon früh – nämlich zu Beginn der Amtszeit Putins als russischer Präsident. Die grausame und mörderische Politik Putins schon im 2. Tschetschenienkrieg entsetzte uns. Die zunehmende Repression in Russland gegen

die Zivilgesellschaft und die freien Medien. Der Georgienkrieg 2008. Die Morde an russischen Exilanten und Gegnern Putins. Die Liste ist lang. Trotzdem setzte sich im Westen und auch bei uns in Deutschland das Vertrauen in Putin als vertrauenswürdigen Kooperationspartner immer wieder durch.

Insbesondere dann in den fünf Jahren im Europaparlament engagierte sich Werner Schulz für eine kritische Auseinandersetzung mit Putin und seinem „Kurs der inneren Säuberung und äußeren Expansion“, wie er es schon 2014 formulierte. Vehement trat er für die Solidarität mit der demokratischen Opposition in Russland ein. Viele Jahre war er mit dem schließlich ermordeten russischen Oppositionspolitiker Boris Nemzow befreundet und durch diesen und andere immer gut informiert. Dieser Mord hat ihn tief erschüttert – und in seiner Haltung bekräftigt.

Ich sagte es schon: Schon vor dem umfassenden russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar trat er offen dafür ein, die Ukraine mit Waffen zu versorgen, damit sie sich wehren kann.

So wird deutlich: Gerade auch in den gegenwärtigen Herausforderungen werden wir seine Stimme künftig schmerzlich vermissen. Das gilt auch dann, wenn man nicht mit ihm übereinstimmt. Werner Schulz war ein Mensch und Politiker, der Glaubwürdigkeit, Überzeugungskraft und Unbeugsamkeit in sich vereinigte – und damit in seiner Person ein lebendes Beispiel dafür wurde, die häufig pauschale Kritik an Politik zu widerlegen. Gewiss – es brauchte mehr solcher Menschen, die bereit sind, sich glaubwürdig der Politik zu widmen – und das heißt ja, der „polis“, dem Gemeinwesen, dem Gemeinwohl alle Kraft zu widmen.

Werner Schulz hat sich ganz bewusst als geborener Zwickauer dem Land seiner Geburt, Sachsen, zugewandt und sein Engagement hier verortet – weil Politik immer konkret ist und Verwurzelung braucht. Deshalb ist es gut, dass heute seiner gerade hier in Sachsen gedacht wird. Gleichzeitig geht seine Bedeutung weit über Sachsen hinaus. Werner hat für die Demokratie, für die Geltung und Umsetzung der Menschenrechte gekämpft, die für alle gelten und von jedem in Anspruch genommen werden können.

Er war sich bewusst, dass es oft keine einfachen Lösungen gibt – und war gerade deshalb engagiert, nach pragmatischen Wegen zu suchen.

Werner Schulz ist nicht mehr unter uns – die Herausforderungen aber, denen er sich gestellt hat, bleiben. So braucht es auch heute Menschen, die wie er bereit sind, über die persönlichen Interessen hinaus Verantwortung zu übernehmen und für die Rechte auch des anderen und für die Ermöglichung von Zukunft einzutreten und die Stimme zu erheben. Seiner heute zu gedenken, fordert uns heraus, den Orientierungen, die für ihn zentral waren, auch heute eine Stimme zu geben und für sie einzutreten. In der Grundwertecharta, die im Lissaboner Vertrag ihre rechtliche Verankerung gefunden hat, sowie in unserem Grundgesetz, das wir zu unserer Verfassung machen sollten, haben diese Orientierungen ihren bleibend gültigen und grundlegenden Ausdruck gefunden. Sie zu achten, sie zu schützen und öffentlich für sie einzutreten, ist heute wohl wichtiger als je!

Werner hat sich in den letzten Jahren seines Lebens sehr um Mona, seine Frau gekümmert, die an Krebs erkrankt war. Noch Minuten vor seinem Tod haben wir auch über sie gesprochen. Vor wenigen Tagen ist nun auch sie von uns gegangen. Auch an sie, die ihm für Jahrzehnte zur Seite stand und sein Engagement mitrug, sei heute gedacht.

Ich danke Ihnen.

Werner Schulz zu seiner persönlichen Entwicklung in der DDR und zu seiner Haltung angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine:

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/mediathek/mein-1968-interview-mit-werner-schulz-0>

<https://www.youtube.com/watch?v=IVdHsWg4YFM>